

Legitime Interessenpolitik

Autor(en): **Winterberger, Gerhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164676>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gerhard Winterberger

Legitime Interessenpolitik

Interessenvertretung scheint heute weitherum zunehmend anstössig geworden zu sein. Man spricht von *Filz zwischen Wirtschaft und Politik*, von einer das Gemeinwohl und das Staatswohl gefährdenden Verflechtung von Politik und Wirtschaft. Verwaltungsräte werden verdächtigt — besonders politische Mandatsträger —, die Interessen «ihrer» Firma oder Branche auch politisch in unsauberer Weise bei den Behörden aller drei Stufen durchzusetzen. Dabei wird der Fall Kopp nicht etwa nur von Systemveränderern und von sog. Linken, sondern auch von bürgerlichen und marktwirtschaftlich orientierten Leuten als Schulbeispiel von Verfilzung herangezogen; in gleicher Weise wird die Freisinnig-Demokratische Partei und werden insbesondere die Zürcher Freisinnigen als anfällig für diesen Filz bezeichnet oder sogar direkt dafür verantwortlich gemacht.

Hier handelt es sich um eine grobe Verzerrung der Realitäten. Zum einen ist die FDP eine Volkspartei und nicht eine elitäre Gruppe, welche die Einfluss- und Gewinnmaximierung zuoberst auf die Fahne geschrieben hat. Dabei gibt es wesentliche Unterschiede zwischen dem Zürcher, dem Solothurner, dem St. Galler, dem Berner und dem Waadtländer Freisinn. Zum andern sind die Möglichkeiten von Politikern sehr begrenzt, ja überhaupt kaum vorhanden, eigentliche Firmenziele *auf eidgenössischem Boden* durchzusetzen — unsaubere und undurchsichtige überhaupt nicht. Man übersieht auch den Umstand, dass Bundesrat und Verwaltung eine starke Stellung innehaben und sich im allgemeinen durch ein hohes Mass an Unabhängigkeit und Integrität auszeichnen. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Anders können die Verhältnisse da und dort auf kommunaler und kantonaler Ebene liegen, wo berufliche Tätigkeit und Politik nahe beieinander liegen oder ineinander übergreifen und beispielsweise bei Arbeitsvergebungen oder im Falle von Ämterpatronage zum Spielen kommen. Je nach Art, Region und Machtstellung können davon alle in der Exekutive vertretenen Parteien betroffen sein.

Vordringen der ganzheitlichen Betrachtungsweise

Es dürfte nicht bestritten werden, dass entsprechend persönlichem, politischem und wirtschaftlichem Standort, kulturellem und regionalem Umfeld die Akzente in der schweizerischen Staats- und Wirtschaftspolitik

unterschiedlich beurteilt und gesetzt werden, je nachdem, ob einer Unternehmer, Angestellter, Gewerkschafter ist, ob er einer bürgerlichen Partei oder einer Linksgruppierung angehört. Das war seit jeher die Regel. Früher lagen die Standpunkte auch unter den Unternehmern weiter auseinander, indem Bauern, Gewerbetreibende, Industrielle, Leiter von Handels- und Dienstleistungsbetrieben je nach Herkommen, Standort, Betriebsgrösse, Branche und Absatzgebieten sehr unterschiedliche Gesichtspunkte ins Spiel brachten.

Seit längerer Zeit ist man auf der Ebene der Spitzenverbände immer mehr zur ganzheitlichen Betrachtungsweise geschritten. Man hat eingesehen, dass es der Wirtschaft insgesamt am besten geht, *wenn allgemeine Grundsätze in der Wirtschaftspolitik zum Tragen kommen und wenn dem Erfordernis günstiger wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen Rechnung getragen wird*. Die Wissenschaft ist in bezug auf diese ganzheitliche Betrachtungsweise vorangegangen. Praktisch aber hat dazu entscheidend beigetragen der Übergang von der bilateralen Handels- zur multilateralen Aussenwirtschaftspolitik bzw. die *Liberalisierung der Aussenwirtschaftspolitik* sowie die seit dem Übergang zum Floating verstärkte Position einer unabhängigen Nationalbank. Damit wurde der Spielraum für punktuelle Massnahmen zugunsten einzelner Branchen oder Betriebe — abgesehen vom Sonderfall der Landwirtschaft — ganz massiv eingeengt oder sogar verunmöglicht. Unter diesen Umständen könnte auch ein politischer Mandatsträger als Verwaltungsrat einiger Firmen in Bern oder beim Vorort kaum einen Vorteil herausholen, womit der Vorwurf der Verfilzung stark relativiert wird oder in sich zusammenfällt. Im Falle der Landwirtschaft, die man einem interventionistischen System unterstellt hat, spielt die Durchsetzung von Sonderinteressen durch die nach wie vor starke Bauernlobby eine grosse Rolle.

Es sei in diesem Zusammenhang aber nicht verschwiegen, dass die politische Durchsetzung dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise und die Ablehnung punktueller Massnahmen immer wieder auf Widerstand stossen. Durchsetzung und Ablehnung hängen ab von der Standfestigkeit der Spitzenverbände gegenüber Gruppeninteressen ihrer Mitglieder, insbesondere des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, aber auch des Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und des Schweizerischen Gewerbeverbandes, vor allem aber auch von der Führungskraft des Bundesrats, der Sachkenntnis der Verwaltung und der Einsicht des Parlaments, der Parteien und des Souveräns bzw. der Einigung auf einen breiten wirtschafts- und staatspolitischen Konsens.

Ein — wachsendes — Unbehagen ist in der Bevölkerung, quer durch die Parteien in allen Schichten bis in die hohen Kader aller Berufe allerdings feststellbar: es betrifft die Übernahme von allzu zahlreichen Verwaltungs-

ratsmandaten durch Politiker und verschiedene Wirtschaftsführer. Man ist recht misstrauisch gegenüber sonst verdienten Leuten, die allzu unverblümt ans «grosse Geld» wollen. Nichts gegen die Übernahme von einwandfreien und angesehenen Verwaltungsratsmandanten; aber alles hat sein Mass und seinen Preis im allenfalls verminderten Ansehen und Vertrauen. Auch hier sollte der Grundsatz gelten: «in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister», ganz abgesehen davon, dass Mandate, die in seriöser Weise nicht zu bewältigen sind, den betreffenden Firmen wenig Nutzen einbringen. Dass einzelne Unternehmungszusammenschlüsse nach undurchsichtigen Übernahmen von Firmen den Bürger verunsichern und verärgern und Zweifel am System erwecken, sei nicht verschwiegen.

Produzent und Konsument

In den politischen Auseinandersetzungen erfolgt immer wieder eine scharfe Trennung zwischen Produzent und Konsument, die ihren Niederschlag zunehmend auch in den Medien findet. Dabei werden einzelne Konsumentenvertreter als uneigennützig Lichtgestalten emporstilisiert. Tatsache aber ist, dass diese auch Interessen vertreten, namentlich diejenigen ihrer Organisation, von Angestellten oder Gewerkschaften. Manchmal vertreten sie auch ihre persönlichen als Politiker oder diejenigen der eigenen Karriere. Dasselbe gilt für Medienvertreter aller Schattierungen. All dies ist legitim. Interessen — solche der Produzenten und der Konsumenten — sollen in einer Gesellschaft im Rahmen der Marktwirtschaft und der rechtsstaatlichen Demokratie ausgetragen werden können. Es ist aber festzuhalten, dass der Arbeiter bzw. der Angestellte in der Maschinen- oder in der Lebensmittelindustrie in seiner Arbeit produktiv tätig ist: sie leisten einen aktiven Beitrag ans Sozialprodukt. Im privaten Haushalt wird jedoch ein Teil des Lohnes für den Lebensunterhalt «konsumiert». Eine Industrieunternehmung und ihre Mitarbeiter und auch ein gewerblicher Betrieb sind in der Produktion tätig; in der Beschaffung der Rohstoffe, der Ausgangsmaterialien, der Halbfabrikate, in der Versorgung mit Wasser und Energie sind diese Betriebe alle Konsumenten. Auch der Handel, die Banken, die Versicherungsgesellschaften, die Treuhänder sind produktiv tätig, wenn auch nicht in bezug auf die Herstellung von Waren; sie beschaffen Waren, leiten diese sinnvoll in die verschiedenen Kanäle (Handel) oder bringen Dienstleistungen hervor, die ihrerseits der Produktion zugute kommen. Andererseits sind sie aber auch wieder Konsumenten von Produktionsmitteln, von Waren und Dienstleistungen. Einfach ausgedrückt kann man sagen, dass der Ingenieur, der Techniker und der Angestellte in der Fabrik «Produzenten» sind; in ihrem privaten Haushalt sind sie jedoch

Konsumenten. Für den Bauer gilt das gleiche wie für den Gewerbler — mit einem gewichtigen Unterschied: In bezug auf seine Produkte genießt er eine staatliche Preis- und Absatzgarantie, indem man die Landwirtschaft aus dem Konnex der Marktwirtschaft genommen hat; in bezug auf die Beschaffung der Arbeitskräfte, der Maschinen, der Chemikalien, des Kredites usw. bleibt der Bauer aber als Konsument in die Marktwirtschaft eingeflochten.

Die Vertretung von sogenannten Konsumenteninteressen ist legitim und durchaus erwünscht. Eine Überspitzung im Sinne einer unsachlichen Diskussion kann jedoch einen grotesken Eindruck hinterlassen; denn das wirtschaftliche Wohlergehen zahlreicher Mitglieder von Konsumentenorganisationen hängt von den Ergebnissen der Produktionsfront bzw. von der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft ab.

Parteien und Wirtschaftsverbände in der Konkordanzdemokratie

Politik wird nicht im luftleeren Raum betrieben. Sie ist ständige Auseinandersetzung um politische Ziele, deren Erreichung und Absicherung; *Parteien und Gruppierungen streben nach Einfluss und Macht im Staat und in der Gesellschaft.* Grenzen werden ihnen gesetzt durch die gegenseitige Konkurrenz, den Föderalismus, das System der checks and balances, den Rechtsstaat und die direkte Demokratie, die Wachsamkeit und das Misstrauen des Bürgers. Parteien vertreten nicht nur politische und ideologische Interessen, sondern zum Teil auch wirtschaftliche und wirtschaftspolitische, sicher keine uneigennütigen — besonders auch nicht die linken und grünen Gruppierungen, die von «bürgerlichem Machtkartell» und «Filz» sprechen. Jahrzehntlang haben die Parteien gegenüber den Wirtschaftsverbänden — namentlich den Spitzenverbänden in wirtschaftspolitischen Sachfragen (in Zeiten, wo Sachpolitik Trumpf war!) — an Gewicht eingebüsst. In den letzten Jahren hat sich die eine und andere Partei durch Arbeitsgruppen und interne Kommissionen einen guten Sachverstand in der Wirtschaftspolitik zugelegt und ihn auch in der praktischen Politik und im Parlament umzusetzen gewusst — trotz gewisser zentrifugaler Kräfte. Hier wäre eine Steigerung der Effizienz durch Inanspruchnahme bester Köpfe aus Wirtschaft, Verwaltung und Universitäten durchaus möglich. Nach wie vor sind die *Mittlerfunktion und die Führungsaufgabe der Parteien* in den Parlamenten der drei Stufen Bund, Kantone und Gemeinden sowie als Träger des politischen Wettbewerbs und der Selektion der Kader in den Volksentscheidungen bei Wahlen und Abstimmungen vor allem in einer direkten Demokratie, unentbehrlich und durch keine anderen Organisationen und Institutionen wie Verbände, Kirchen, Wählerversammlungen und Massenmedien zu ersetzen.

In den letzten Jahren haben sich die Bindungen der Bürger an die historischen Parteien gelockert. Richard Reich hat in diesem Zusammenhang von einem Schrumpfen der sog. «Stammkundschaften» der Parteien gesprochen¹. Die sog. zentrifugalen Kräfte sind stärker geworden und damit die Erosion an den Rändern mit einer deutlichen Zunahme der «Wechselwähler». Hand in Hand damit — aber auch als Folge davon — ging eine Verstärkung des Einflusses der Medien auf die öffentliche Meinung und die Haltung der Politiker einher, die ihrerseits vermehrt die politische PR-Beratung in Anspruch nehmen. Es fehlt hier der Raum, um den Ursachen dieser Entwicklung nachzugehen. Lediglich sei darauf hingewiesen, dass der Wettbewerb der Parteien (um Wählerstimmen und in der Behandlung von Sachfragen) — wie Peter Graf *Kielmansegg* eingehend nachgewiesen hat — nicht primär auf Problembewältigung, sondern auf den Erwerb und die Behauptung von Regierungsmacht ausgerichtet ist. Man habe es mit der Vorherrschaft der Gegenwart zu tun. Politik, die unter den Imperativen des Wettbewerbs um Zustimmung stehe, tue sich überaus schwer, der Gegenwart Lasten im Interesse der Zukunft aufzuladen, während sie überaus bereit sei, der Zukunft Lasten im Interesse der Gegenwart aufzubürden².

Die Aufgabe der Parteien, aber auch der Spitzenverbände ist durch die *wachsende Belastung der Konkordanzdemokratie* nicht leichter geworden. Unter Konkordanzdemokratie ist Regierung durch Absprache mehrerer ideologisch und weltanschaulich getrennter Gruppen oder Parteien zu verstehen, die sich auf gewisse Staatsziele einigermassen zu einigen vermögen. Die Konkordanzdemokratie hat angesichts der zentrifugalen Kräfte und des Meinungspluralismus öfters Mühe, zu einem nationalen Konsens zu finden. Auch sind Absprachen, die mit Filz nichts zu tun haben, Teilen des Volkes, welche durch die Parteien vertreten sind, nicht mehr durchsichtig. Dabei hat die Konkordanz mit der sog. Zauberformel schon früher den Spielraum für grundsätzliche Auseinandersetzungen eingeschränkt. Sie führte zu einer *Verwischung zwischen Verantwortung und Opposition an der Spitze*. Insbesondere die Sozialdemokraten — nicht ihre Bundesräte —, aber von Fall zu Fall auch andere Parteien und Gruppierungen, stehen gegenwärtig mit dem einen Fuss in der Regierungsverantwortung, mit dem andern jedoch in der Opposition. Diese Haltung dürfte sich im Zusammenhang mit der Initiative «Schweiz ohne Armee» noch verstärken. Die proportionale Zusammensetzung des Bundesrats hatte aber ihre Auswirkungen auf die Verwaltung, womit zusehends Sachgeschäfte in das Kraftfeld der Politik geraten sind und unter dem Konkordanzgedanken beurteilt werden.

Auch die *Wirtschaftsverbände* streben nach Einfluss. Sie vertreten ökonomische Interessen: die *Branchenorganisationen* im Rahmen der Spitzen-

verbände, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit diejenigen ihrer Mitglieder, die *regionalen Organisationen*, wie Handelskammern, diejenigen der Wirtschaft ihrer Kantone und Regionen. Die *Spitzenverbände*, wie der Vorort oder der Zentralverband, haben das Gesamtinteresse der ihnen angeschlossenen Kreise zu vertreten. Sie müssen immer, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden wollen, auch staatspolitische Überlegungen in ihre Entscheide einbeziehen. Besonders intensiv war die Mitwirkung des Vororts stets bei der Gestaltung der Aussenwirtschaftspolitik, die ohne ständige Kontakte des Bundes mit der Wirtschaft und ihren Organisationen bei der Vielfalt der Fragen kaum erfolgreich wäre. *Die besondere Stärke war auch immer das vorparlamentarische Verfahren* und die Mitwirkung in nichtparlamentarischen Expertenkommissionen. Die Dichte der Beziehungen zwischen Bund und Wirtschaft bzw. zwischen der Verwaltung und den Spitzenverbänden dürfte während Jahrzehnten zuweilen enger gewesen sein als zwischen Bund und Parlament. Dies hat mit unlauterer Interessenvertretung oder Filz nichts zu tun. Durch diese Kontakte können sich manche Abteilungen der Bundesverwaltung ein sachkundiges Urteil über die Probleme der Privatwirtschaft bilden; andererseits identifizieren sich Vertreter der Wirtschaft öfters auch mit Fragen der Bundespolitik und behandeln die Probleme aus gesamtschweizerischer Optik nicht nur ökonomisch und rechtspolitisch, sondern auch staatspolitisch als Bürger dieses Landes. Dies hat diesen Exponenten ab und zu den Vorwurf einer allzu starken Regierungstreue eingetragen. Dass Grundsätze der Ethik und Moral beachtet werden, sollte selbstverständlich sein, auch wenn sie nicht ständig im Mund geführt werden.

Schliesslich ist zu beachten, dass die politische Stellung der Spitzenverbände — heute namentlich des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit seinen zahlreichen mittelständischen Betrieben — auch auf ihrer referendumpolitischen Bedeutung beruht, wobei es ihnen zuweilen möglich ist, ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung, die Parteien und das Parlament zu aktivieren. Auch die Wirtschaftsverbände laufen Gefahr, dass die Verteidigung des Status quo, der Besitzstände, zur Hauptaufgabe wird; es gilt dies vor allem für die Branchenverbände, weniger für die Spitzenorganisationen, wo Gegenbeispiele, aber auch solche dafür ins Feld geführt werden können.

Die Leitung eines Spitzenverbandes muss stets von neuem versuchen, *Anspruch, Geltung und Wirklichkeit miteinander ins Lot zu bringen*. Entscheidend sind die an der Spitze stehenden Persönlichkeiten, die Glaubwürdigkeit, Integrität, politisches Geschick, ordnungspolitische Standfestigkeit, Sachkenntnis und ständige Präsenz erbringen sollten. Andernfalls entsteht ein Abbröckelungsprozess nach innen und aussen. Die Wirtschaft würde mit mehreren Stimmen sprechen und sich in wichtigen Fra-

gen kaum mehr richtig engagieren. Auf die Spitzenverbände wäre dann staatspolitisch weniger Verlass, und sie würden rasch an Ansehen und Einfluss verlieren.

«Auf dem Weg zur medienplebiszitären Demokratie» (Kurt *Eichenberger*³) müssen sich die Spitzenorganisationen, aber auch die Handelskammern und grösseren Branchenverbände, möglichst rasch auf den *wachsenden Einfluss der Medien* einstellen, um ihre Stellung in Zukunft sichern zu können. Dabei ist es mit der notwendigen oder wünschbaren Anstellung von Informationsbeauftragten und der Zusammenarbeit mit Werbe- oder «Imageberatern» oder gar mit der Inanspruchnahme von Ghostwritern allein nicht getan. Es geht im übrigen nichts über die seit vielen Jahrzehnten bewährte Regel, *dass verantwortliche Exponenten und Experten von Spitzenverbänden ihre Reden und Aufsätze selber schreiben sollten*. Damit bleibt man erstens glaubwürdig, stellt sich dar, wie man wirklich ist und nicht als Produkt eines PR- oder Werbeberaters, und zweitens ist man an vorderster Front selber aktiv und gestaltend dabei und verstärkt darüber hinaus die Motivation der Mitarbeiter.

In der heutigen schnellebigen Zeit droht der Wirtschaft ein *Theorie-defizit* mit der Folge eines Fehlens fester Standpunkte und Grundsätze. Neben der unerlässlichen täglichen praktischen Arbeit an konkreten Problemen sollte deshalb besonderes Gewicht auf die Grundlagenarbeit gelegt werden. Die sich *akzentuierende Personalisierung der Politik* durch die Medien wird die Arbeit nicht erleichtern; denn sachliche Lösungen reifen in stiller, unentwegter Arbeit und weniger im Brennpunkt der Öffentlichkeit und unter dem Gesichtspunkt der «Medienwirksamkeit». Die seriöse Basisinformation seitens der Wirtschaft in dem Sinne, wie sie die «Wirtschaftsförderung» praktiziert, muss in den Medien zweifellos auch über die Unternehmungen und Wirtschaftsverbände verstärkt werden. Besonders wichtig scheint, dass geistige Strömungen und politische Ideen rechtzeitig analysiert, in ihrem positiven und negativen Gehalt erfasst und, wenn nötig, kanalisiert und allenfalls erfolgreich gefördert oder widerlegt werden.

Wirtschafts- und staatspolitische Fragestellungen werden in der Öffentlichkeit — abgesehen von der «Neuen Zürcher Zeitung», den «Schweizer Monatsheften» und einigen renommierten Regionalblättern — weniger sorgfältig als früher behandelt. Man hat sich mehr den Personen und in manchmal aufgebauschter Weise den Firmenereignissen zugewandt. Hinzu kommt die Entwicklung der modernen Wirtschaftswissenschaften, deren Sprache von den Politikern kaum verstanden wird und die zur Lösung praktischer wirtschaftspolitischer Probleme unmittelbar weniger beitragen als früher. Dabei ist der Beizug des wissenschaftlichen Sachverständes durch die politischen Behörden, die Verwaltung, die Zentralbank

und die Spitzenverbände eine dringende Notwendigkeit. All dies erschwert die Aufgabe der Parteien, aber auch der Spitzenverbände, und beeinträchtigt neben andern Faktoren (zum Beispiel ungenügende finanzielle Dotierung der Parteisekretariate) die Gewinnung hochbegabter und engagierter Mitarbeiter für die interne und externe Parteiarbeit.

Die Stellung des Bundesrates und der Verwaltung

Beide Instanzen verfügen über eine starke Position. Natürlich haben sie politischen Strömungen und der Auffassung des Parlaments Rechnung zu tragen. Während meiner aktiven Tätigkeit im Vorort von 1961 bis 1987 habe ich zahlreiche und unterschiedliche Bundesräte im Amte erlebt. Manche waren in wirtschaftspolitischen Fragen stark engagiert und standen den langfristigen Interessen und Anliegen der Wirtschaft positiv gegenüber. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass sie am Gängelband der Wirtschaft gingen. Von einer Verfilzung konnte und kann keine Rede sein, wohl aber von notwendigen Kontakten zwischen Partnern. Bundesräte sind dem Land und dem Bundesstaat verpflichtet. Auch diejenigen, die aus der Wirtschaft kamen, waren dem Gesamtwohl verantwortlich und nicht der Wirtschaft und ihren Repräsentanten. Dabei hatten diese Bundesräte stets das Gedeihen und die Konkurrenzfähigkeit der Gesamtwirtschaft — so wie sie es sahen, eingebettet in die bundesstaatlichen Ziele — vor Augen. Ob ihre Beurteilung in allen Teilen richtig war, sei in diesem Zusammenhang dahingestellt.

Unser Land bedarf eines *starken Staates* und eines politischen Apparats (Regierung und Parlament) von gestaltender und nicht nur verwaltender Kraft, welcher allgemeine und stetige Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft setzen kann. «Je schwächer der Staat, desto höhere Forderungen werden an ihn gestellt», sagt zutreffend Felix Somary⁴. Notwendig ist ein *partnerschaftliches Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft* und nicht ein Hin- und Herschwanken im Meinungsspektrum zwischen Staatsvergötterung und Staatsverketzerung.

¹ Richard Reich; Volksparteien in Schwierigkeiten, in: Schweizer Monatshefte April 1989; S. 260. — ² Peter Graf Kielmansegg: Das Experiment der Freiheit; zur gegenwärtigen Lage des demokratischen Verfassungsstaates. Stuttgart 1988, S. 31. — ³ Kurt Eichenberger: Lagebeurteilungen. Staatspolitische Diagnose-Bedürfnisse und der Hang zu Verschleierungen, in: Schwei-

zer Monatshefte Dezember 1985; S. 1039, insbesondere aber S. 1048 ff. Vgl. auch den Beitrag von Eichenberger: Beziehungen zwischen Massenmedien und Demokratie in: Staat und Gesellschaft: Festschrift Leo Schürmann, Freiburg 1987, S. 405 ff. — ⁴ Felix Somary; Krise und Zukunft der Demokratie. Wien und München o. J., S. 140.